

Pressemitteilung, 20.02.2008

Landesbank: Staatsregierung hat auch bei Rechtsaufsicht versagt

SPD-Fraktionschef Franz Maget leitet Huber und Beckstein Fragenkatalog zu. Untersuchungsausschuss ist nicht ausgeschlossen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Franz Maget** hat an Ministerpräsident Beckstein und Finanzminister Huber geschrieben, um weiter offene Fragen zur Landesbank-Affäre zu klären. Es müsse festgestellt werden, in wieweit die Rechtsaufsicht, die beim Finanzministerium und beim Innenministerium liege, ausgeübt wurde. "Aus unserer Sicht hat die Staatsregierung auch beim Ausüben der Rechtsaufsicht versagt", sagte Maget bei seinem Stammtisch 11.58. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses schloss der SPD-Fraktionsvorsitzende nicht aus. Die Fragen seien aber nicht dafür gedacht. Der Brief ging auch an Ministerpräsident Beckstein, weil er als Innenminister jahrelang dem Verwaltungsrat der Landesbank angehörte.

Bayerische Landesbank: SPD-Fraktion verlangt Aufklärung

Die Fragen zu Informationsverhalten, Rechtsaufsicht und Wahrnehmung der Aufgaben der Vertreter des Freistaats Bayern im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank-Gruppe bei Geschäften der Bank mit forderungsbesicherten Wertpapieren im Einzelnen:

- I. Information von Parlament und Öffentlichkeit
- II. Rechtsaufsicht über die BayernLB
- III. Wahrnehmung der Aufgaben der Vertreter des Freistaates Bayern im Verwaltungsrat der BayernLB
- IV. Erhöhung des Eigenkapitals der BayernLB
- V. Bewertungsabschläge
- VI. Geschäfte der BayernLB mit forderungsbesicherten Wertpapieren
- II. Das Engagement der BayernLB auf dem sogenannten US-Subprime-Markt

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

I. Information von Parlament und Öffentlichkeit

1. Wann hat Finanzminister Huber über die Zahlen der Jahresabschlussarbeiten über das vorläufige Jahresergebnis 2007, die die BayernLB am 13. Februar 2008 veröffentlichte, erfahren?
2. In welcher Form wurde der Finanzminister von wem und worüber informiert?
3. Hatte der Finanzminister bereits früher Kenntnis über Größenordnungen oder ungefähre Zahlen über die Höhe der Belastungen der BayernLB aus Geschäften mit forderungsbesicherten Wertpapieren?
4. Auf welcher Grundlage kam der Finanzminister zu seiner erstmals vor Pressevertretern am 23. Januar 2008 und dann auch vor dem Plenum des Bayerischen Landtags am 30. Januar 2008 gemachten Äußerung, dass die Verluste höher als 100 Millionen Euro sein werden. War das reine Vermutung? Kannte der Minister konkrete Zahlen oder Größenordnungen?
5. Wenn dieser Einschätzung Daten und Fakten zugrunde lagen, wieso hat der Finanzminister darüber nicht z.B. den Haushaltsausschuss informiert?
6. Wenn es reine Vermutung war, war sich der Finanzminister bewusst, dass er damit die öffentlichen Spekulationen über die BayernLB anheizt?
7. Hatte der Finanzminister bereits vor dem 23. bzw. 30. Januar 2008 Kenntnis über Größenordnungen oder sogar genaue Zahlen über die Höhe des Wertberichtigungsbedarfs bzw. Abschreibungsbedarfs der BayernLB aus Geschäften mit forderungsbesicherten Wertpapieren?
8. Wie oft hatte der Finanzminister seit seinem Amtsantritt am 16. Oktober 2007 mit Mitgliedern des Vorstandes der BayernLB bzw. mit dem gesamten Vorstand Gespräche über die Lage der Bank oder über die Geschäfte mit forderungsbesicherten Wertpapieren?
9. Wann wurden dabei konkrete Einschätzungen, Größenordnungen oder Zahlen über drohende Verluste genannt?
10. Wer hat die Linie ausgegeben, erst dann öffentlich Zahlen zu nennen, wenn alle 1.200 Einzelpositionen der Bank geprüft sind, jedoch keine Zahlen auf der Grundlage qualifizierter Schätzungen zu nennen? Kam diese Linie vom Vorstand der Bank oder aus dem Verwaltungsrat?
11. Wieso hat der Vorstand diese Linie verlassen, als der Finanzminister sie noch gehalten hat?

II. Rechtsaufsicht über die BayernLB

Im Bayerischen Landesbank-Gesetz ist geregelt, dass die Rechtsaufsicht über die

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Bank die Staatsministerien der Finanzen und des Innern (Aufsichtsbehörde) führen. Die Aufsichtsbehörde kann alle erforderlichen Anordnungen treffen, um den Geschäftsbetrieb der Bank im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Vorschriften zu erhalten. Die Aufsichtsbehörde kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben die gesamten Geschäftsunterlagen jederzeit einsehen und prüfen, Auskünfte verlangen, an den Verhandlungen der Generalversammlung und des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen sowie die Einberufung dieser Gremien verlangen.

1. Wie hat die Aufsichtsbehörde bei den Geschäften der BayernLB mit forderungsbesicherten Wertpapieren die Rechtsaufsicht wahrgenommen?
2. Welche Anordnungen hat die Aufsichtsbehörde getroffen, um den Geschäftsbetrieb der Bank im Einklang mit dem Gesetz zu erhalten?
3. Was hat die Aufsichtsbehörde konkret zur Erfüllung ihrer Aufgaben unternommen?
4. Hat sie die Geschäftsunterlagen eingesehen und geprüft, hat sie Auskünfte verlangt? In welcher Form, wie oft?

III. Wahrnehmung der Aufgaben der Vertreter des Freistaates Bayern im Verwaltungsrat der BayernLB

1. Nach dem Bayerischen Landesbank-Gesetz beschließt der Verwaltungsrat die Richtlinien für die Geschäftspolitik der Bank und überwacht deren Geschäftsführung
2. Welche Vertreter des Freistaates Bayern waren bzw. sind Mitglieder im Verwaltungsrat der BayernLB, seit die Bank Geschäfte mit forderungsbesicherten Wertpapieren betreibt?
3. Wieso haben die Vertreter des Freistaates Bayern diese Geschäfte beschlossen?
4. Gab es einen generellen Beschluss für dieses Geschäftsfeld oder gab es Beschlüsse jeweils zu einzelnen Investments?
5. Welche Einschätzung bzw. Bewertung lag diesen Beschlüssen zu Grunde?
6. Wie oft und in welcher Form ließ sich der Verwaltungsrat über dieses Geschäftsfeld berichten, um seine Überwachungsfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrzunehmen?
7. Auf wessen Initiative ging der Ankaufstopp dieser Papiere im März 2007 zurück, wie wurde er umgesetzt?
8. Welche konkreten Einschätzungen, Bewertungen lagen diesem Ankaufstopp zugrunde?
9. Hat sich der Verwaltungsrat seit März 2007 intensiver um dieses Geschäftsfeld gekümmert? Hat er detaillierter Informationen,

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

- Risikoeinschätzungen, Bewertungen vom Vorstand laufend verlangt?
10. Was hatten diese detaillierter Informationen, Risikoeinschätzungen, Bewertungen zum Inhalt?
 11. Hat sich der Verwaltungsrat seit März 2007 ein umfassendes Bild von diesem Geschäftsfeld verschafft?
 12. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zogen die Vertreter des Freistaates Bayern im Verwaltungsrat daraus?

IV. Erhöhung des Eigenkapitals der BayernLB

Nach Medienberichten vom 18. Februar 2008 habe der Vorstand der BayernLB bereits im vergangenen Herbst den Wunsch nach einer Kapitalerhöhung um 650 Millionen Euro geäußert.

Am 14. Februar 2008 hatte der Finanzminister vor dem Landtag im Zusammenhang mit den Zahlen über die Arbeiten zum vorläufigen Jahresabschluss 2007 der BayernLB erklärt: " Es besteht in diesem Zusammenhang keine Notwendigkeit für zusätzliche Kapitalmaßnahmen der Eigentümer."

1. Ist diese Aussage des Finanzministers vom 14. Februar 2008 nach wie vor gültig?
2. Auf welchen konkreten Analysen, Prognosen und Annahmen basiert diese Aussage?
3. Wem gegenüber und wann hat der Vorstand den Wunsch nach einer Kapitalerhöhung in welcher Form geäußert?
4. Seit wann hatte der Verwaltungsrat Kenntnis darüber?
5. Steht dieser Wunsch ausschließlich in Zusammenhang mit der angekündigten Weiterentwicklung des Geschäftsmodells der Bank oder ist er auch, zumindest teilweise oder sogar überwiegend, eine Folge der aktuellen Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungen der Bank?
6. Was hat die gewünschte Kapitalerhöhung von 650 Millionen Euro mit der im Entwurf des Nachtragshaushalts 2008 beschriebenen Kapitalerhöhung um 500 Millionen Euro für die Übernahme der unternehmerischen Führung bei der Hypo Alpe-Adria-Bank zu tun?
7. Ist diese gewünschte Kapitalerhöhung als eine zusätzliche Kapitalerhöhung zu verstehen, oder als Erhöhung gegenüber den ursprünglichen Planungen um 150 Millionen Euro?

V. Bewertungsabschläge

In einer Pressemitteilung der BayernLB vom 16. Februar 2008 ist zu lesen, dass

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

die von der Bank per 31. Dezember 2007 vorgenommenen Bewertungsabschlüsse insgesamt 1,9 Milliarden Euro (siehe Pressemitteilung vom 13. Februar 2008) betragen. Diese Bewertungsabschlüsse beruhen gemäß den Rechnungslegungsvorschriften auf den Marktwerten per 31. Dezember 2007 und decken alle zu diesem Zeitpunkt erkennbaren Risiken vollständig ab.

1. Wie sahen die Bewertungsabschlüsse zum Stichtag 31. Januar 2008 aus?
2. Wie sahen sie zu den Stichtagen 12. und 13. Februar 2008 aus, an den Tagen, als der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuss berichtete und die Bank die Zahlen ihrer Arbeiten zum vorläufigen Jahresabschluss bekannt gab?
3. Wie sehen die Bewertungsabschlüsse ganz aktuell aus?

VI. Geschäfte der BayernLB mit forderungsbesicherten Wertpapieren

Nach einer Pressemitteilung der BayernLB vom 16. Februar 2008 hält die Bank strukturierte Wertpapiere in Höhe von 32 Milliarden Euro.

1. Bezieht sich diese Zahl auf die Landesbank-Gruppe insgesamt? Was hat die Bank davon in den eigenen Büchern, was liegt bei Zweckgesellschaften?
2. Seit wann betreibt die Bayerische Landesbank-Gruppe Geschäfte mit forderungsbesicherten Wertpapieren?
3. Wie hat sich das Volumen dieses Portfolios über die Jahre bei der Landesbank-Gruppe insgesamt, der BayernLB und den Zweckgesellschaften entwickelt?
4. Wie viele Zweckgesellschaften gibt es, warum wurden sich gegründet?
5. Was war der Grund, in dieses Geschäftsfeld einzusteigen?
6. Welche Analysen lagen dieser Entscheidung zu Grunde?
7. Wie waren die Risikoeinschätzung, die Rendite und das Rating der Papiere?
8. Wie haben sich Risikoeinschätzung, Rendite und Rating von anderen Papieren unterschieden?

VII. Das Engagement der BayernLB auf dem sogenannten US-Subprime-Markt

Nach einer Pressemitteilung der BayernLB vom 16. Februar 2008 hält die Bank strukturierte Wertpapiere aus dem US-Subprime-Segment in Höhe von 4 Milliarden Euro.

1. Bezieht sich diese Zahl auf die Landesbank-Gruppe insgesamt?
2. Wie hoch ist das US-Subprime-Engagement der von der Bayerischen Landesbank gesponserten drei Zweckgesellschaften bzw. Conduits (Giro

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

- Lion Funding Ltd., Giro Balanced Funding Corp. und Giro US Funding Corp.)?
3. Beträgt das Engagement 1,9 Milliarden Euro? Bezieht sich dieses Engagement nur auf drei Typen (ABS/RMBS/CDO-Tranchen)? Wie ist das aktuelle Rating der Papiere, wird es sich verändern, in welche Richtung?
 4. Gibt es weitere US-Subprime-Engagements der Conduits? Wenn ja, in welcher Höhe?
 5. In welcher Höhe befinden sich Assets mit US-Subprime-Risiken in den eigenen Büchern (Eigenanlagen) der Bayerischen Landesbank?
 6. Wie viele der drei Conduits laufen gut? Müssen zwei davon in die eigenen Bücher genommen werden, wenn ja in welchem Volumen?
 7. In welcher Höhe muss die Bank schon jetzt dafür eigene Liquiditätslinien zur Verfügung stellen?

Links zum Thema:

- [SPD liegt Schreiben von Sparkassenchef Naser vor: Maget sieht Lügenvorwurf gegen Huber bestätigt - Rücktritt unvermeidbar \(19.02.2008\)](#)
SPD-Fraktionschef: Finanzminister hat dem Landtag drei Mal nicht vollständig und nicht wahrheitsgemäß berichtet - Noch heute Fragenkatalog an Beckstein
- [SPD-Fraktionsvize Thomas Beyer: Schmidt rettet Huber nicht - Finanzminister muss dem Beispiel des BayernLB-Chefs folgen \(19.02.2008\)](#)
Bankchef als reines Bauernopfer - Was wird noch unter der Decke gehalten?
- [SPD verwundert über Huber bei BayernLB-Krise: Noch letzte Woche vor dem Landtag zusätzlichen Kapitalbedarf bestritten \(18.02.2008\)](#)
Haushaltssprecher Dupper: SPD lehnt jeden finanzpolitischen Blindflug ab
- [SPD verwundert über Huber bei BayernLB-Krise: Noch letzte Woche vor dem Landtag zusätzlichen Kapitalbedarf bestritten \(18.02.2008\)](#)
Haushaltssprecher Dupper: SPD lehnt jeden finanzpolitischen Blindflug ab
- [Landesbank: Huber soll Öffentlichkeit vollständig informieren \(15.02.2008\)](#)
SPD-Fraktionschef Franz Maget: Huber und Beckstein wollten Informationen wegen der Kommunalwahlen nicht veröffentlichen - Jetzt alle Fakten auf den Tisch legen
- [Franz Maget: Entweder hat Minister Huber den Landtag angelogen oder er ist ahnungslos und ungeeignet für sein Amt \(14.02.2008\)](#)
Franz Maget zur Regierungserklärung von Finanzminister Huber

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

- [SPD will mit Dringlichkeitsantrag im Landtag Auskunft zum Engagement der BayernLB - 5 Milliarden € auf dem US-Hypothekenmarkt? \(13.02.2008\)](#)
Wie hoch sind die Verluste? Am Donnerstag im Plenum des Bayerischen Landtags
- [Franz Maget: Schwarzer Tag für die CSU-Staatsregierung \(13.02.2008\)](#)
Landesbank-Verluste in Höhe von 1,9 Milliarden: Finanzminister Huber hat in Kontrollfunktion versagt - Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesbank müssen um ihre Arbeitsplätze fürchten - Steuerzahler und die Sparkassen zahlen die Zeche
- [Maget nimmt Beckstein und Huber bei BayernLB in Mitverantwortung und fordert noch vor der Kommunalwahlen Offenlegung der Verluste \(12.02.2008\)](#)
Ministerpräsident und Finanzminister saßen und sitzen seit Jahren im BayernLB-Verwaltungsrat: Was wussten und wissen sie von den Fehlentwicklungen?
- [Franz Maget nennt 2,5 Milliarden Euro mögliche Verluste bei Landesbank Wahnsinnzahl - Beckstein und Huber müssen Karten auf den Tisch legen \(12.02.2008\)](#)
SPD-Fraktionschef fordert sofortiges Ende der Geheimnistuerei noch vor der Kommunalwahl
- [Warum haben Beckstein und Huber die Risikogeschäfte der bayerischen Landesbank zugelassen? \(30.01.2008\)](#)
Dringlichkeitsantrag zu möglichen Milliardenverlusten der bayerischen Landesbank
- [Landesbank: Huber soll Öffentlichkeit vollständig informieren \(15.02.2008\)](#)
SPD-Fraktionschef Franz Maget: Huber und Beckstein wollten Informationen wegen der Kommunalwahlen nicht veröffentlichen - Jetzt alle Fakten auf den Tisch legen
- [Franz Maget: Schwarzer Tag für die CSU-Staatsregierung \(13.02.2008\)](#)
Landesbank-Verluste in Höhe von 1,9 Milliarden: Finanzminister Huber hat in Kontrollfunktion versagt - Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Landesbank müssen um ihre Arbeitsplätze fürchten - Steuerzahler und die Sparkassen zahlen die Zeche
- [Franz Maget nennt 2,5 Milliarden Euro mögliche Verluste bei Landesbank Wahnsinnzahl - Beckstein und Huber müssen Karten auf den Tisch legen \(12.02.2008\)](#)
SPD-Fraktionschef fordert sofortiges Ende der Geheimnistuerei noch vor der Kommunalwahl

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

- [Warum haben Beckstein und Huber die Risikogeschäfte der bayerischen Landesbank zugelassen? \(30.01.2008\)](#)
Dringlichkeitsantrag zu möglichen Milliardenverlusten der bayerischen Landesbank
- [Eigenständiger Weg für die Bayerische Landesbank am besten \(28.11.2007\)](#)
Jürgen Dupper zum heutigen Bericht des Finanzministers im Haushaltsausschuss
- [Mehr Kontrolle für Landesbanken \(04.09.2007\)](#)
Risikoreiche US-Immobilien­geschäfte: Fraktionsvize Dr. Thomas Beyer: Was hat Faltlhauser gebilligt?
- [Keine Ho­chriskospekulationen von Landesbanken \(28.08.2007\)](#)
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Thomas Beyer: Steuerzahler und Sparkassenkunden zahlen die Zeche
- [Welches Risiko trägt die Bayerische Landesbank? \(26.08.2007\)](#)
SPD-Fraktionsvize Beyer fordert von Finanzminister Faltlhauser Klarheit über Engagements im US-Immobilienmarkt (19.02.2008)